

Presse

Nr. 25/9 vom 05.06.2025

"Arbeitskreis "Energie & Verkehr""

Umsetzung der RED III

Berlin, den 04. Juni 2025 – Mit der RED III hat die Europäische Union bereits im Oktober 2023 einen neuen Rahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien geschaffen – auch im Verkehrsbereich. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, ambitionierte Ziele umzusetzen: unter anderem eine deutliche Minderung der Treibhausgasemissionen, eine stärkere Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe und die Einführung verbindlicher Quoten für grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe. Deutschland hätte die RED III bis zum 21. Mai 2025 vollständig in nationales Recht überführen müssen. Bei einer verspäteten oder unvollständigen Umsetzung drohen Vertragsverletzungsverfahren durch die Europäische Kommission, die zu finanziellen Sanktionen führen können. Doch wie weit ist die Umsetzung in Deutschland bereits fortgeschritten? Welche regulatorischen, technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen stehen noch bevor?

Prof. Dr. Christian Küchen, Hauptgeschäftsführer von en2x Wirtschaftsverband Fuels und Energie e. V., gab einen thematischen Überblick zu der RED III. Diese stelle eine verbindliche Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten dar, die Treibhausgasemissionen langfristig zu senken. In Deutschland solle die Umsetzung über die Treibhausgasminderungsquote erfolgen – verbunden mit dem Anspruch, verstärkt neue Technologien einzubinden. Unklar sei bislang, welche Bedeutung Quoten langfristig im Rahmen der Klimapolitik haben werden. Dies wirke sich auf die Preisentwicklungen und Planbarkeit aus. Küchen betonte, dass zusätzlich zu den Quoten weitere Instrumente wie der Emissionshandel ergänzend genutzt werden müssten. Insgesamt sei die Umsetzung der RED III zentral für die Klimaziele – doch der häufige Kurswechsel in der Politik erschwere verlässliche Investitionen.

Marco Lietz, Prokurist und Senior Manager Public & Regulatory Affairs bei Neste Germany GmbH, hob in seiner Keynote hervor, dass fehlende Investitionen in Raffinerien ein wesentliches Hemmnis für die Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe seien. Um innovative Kraftstoffe und Technologien im Verkehrssektor voranzubringen, brauche es langfristige Investitionen und stabile Rahmenbedingungen. Verschiedene Rohstoffe böten ein hohes Potenzial, das bislang nicht ausgeschöpft werde. Lietz kritisierte, dass die aktuelle Ausgestaltung der THG-Quote ihre ursprüngliche Klimawirkung schwäche und Investitionen hemme. Neue Optionen wie Co-Processing und pauschale E-Fuel-Anrechnungen seien eingeführt worden, ohne die Quote entsprechend anzupassen. Zudem förderten Mehrfachanrechnungen Fehlanreize und erhöhten das Risiko für Umgehungen. Ohne ambitionierte Nachschärfung der Quote könne das Ziel der Klimaneutralität 2045 kaum erreicht werden.

Dr. Marcus Bollig, Geschäftsführer des Verbands der Automobilindustrie, VDA, betonte, dass 90% der Bestandsflotte weiterhin aus Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bestehe. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur sei eine zentrale Voraussetzung, um den Hochlauf der Elektromobilität voranzubringen, sodass bis 2045 auf fossile Kraftstoffe verzichtet werden könne. Bollig kritisierte, dass die RED III nur bis 2030 reiche und damit keine ausreichende Perspektive für das Erreichen der Klimaziele biete. Die fehlende Planungssicherheit nach 2030 sei eine

zentrale Herausforderung. Ergänzend verwies er auf das Potenzial von Wasserstoff. Bollig gehe davon aus, dass ein Großteil der THG-Ziele bis 2030 durch fortschrittliche Biokraftstoffe erfüllt werde. Er gab aber zu bedenken, dass deren Verfügbarkeit jedoch nicht beliebig skalierbar sei. Für strombasierte Kraftstoffe (RFNBOs) fehle es bislang an wirtschaftlichen Anreizen. Bollig sprach sich deshalb für ambitionierte, getrennte Unterquoten für beide Kraftstofftypen aus, um Technologieoffenheit zu sichern und die Versorgung zu gewährleisten.

Annabel York, Biofuels Value Chain Senior Manager Europe bei BP, brachte die Perspektive der Inverkehrbringer ein. Sie forderte mehr Planungssicherheit, insbesondere hinsichtlich des zeitlichen Rahmens für regulatorische Maßnahmen. Ein langfristig verlässlicher Rahmen sei entscheidend. Die im Koalitionsvertrag verankerten Initiativen müssten zügig umgesetzt werden, da die RED III nur bis 2030 greife – eine Verlängerung bis 2040 sei denkbar. Um den Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten, brauche es eine technologieoffene Regulierung und attraktive Investitionsbedingungen. Zudem forderte York ein robustes Zertifizierungssystem und die Anerkennung von Co-Processing bei der Verarbeitung fossiler und biogener Rohstoffe. Zugleich mahnte sie an, dass überregulierte Verfahren selbst zum Engpass werden könnten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Ulrike Drachsel, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien, diskutierten Daniel Rinkert, MdB, SPD, Marco Lietz und Annabel York die notwendigen regulatorischen Maßnahmen zur Umsetzung der RED III.

Im Zentrum der Podiumsdiskussion standen die Herausforderungen, die sich aus der Komplexität des EU-Regelwerks RED III und seiner Überführung in nationales Recht ergeben. Dabei wurde insbesondere die zeitliche Begrenzung der RED III bis zum Jahr 2030 als zentrale Schwäche identifiziert. Ohne eine frühzeitige Festlegung auf einen verbindlichen Regulierungsrahmen über dieses Datum hinaus fehle es an langfristiger Planungs- und Investitionssicherheit – ein entscheidender Faktor für industriepolitische Entscheidungen und technologische Entwicklungspfade.

Auch die Rolle der Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) wurde kontrovers diskutiert. Zwar habe die Quote in der Vergangenheit als marktwirtschaftliches Instrument wichtige Anreize zur Emissionsminderung gesetzt, doch gebe es derzeit deutliche Anzeichen für eine Stagnation. Eine Folge sei, dass Investitionen in innovative Kraftstoffe hinter den Erwartungen zurückblieben, und die bestehenden Quotenregelungen nicht ausreichten, um eine nachhaltige Markttransformation auszulösen. Zudem habe die Vergangenheit Schwachstellen in Bezug auf die Echtheit und Nachhaltigkeit von importierten Biokraftstoffen und dessen Zertifikaten aufgezeigt.

Vor diesem Hintergrund betonte Rinkert die Notwendigkeit verstärkter Kontrollen, um betrügerische Aktivitäten bei der THG-Quote zu verhindern. Er sprach sich zudem für eine Anpassung des Strafrechts aus. Nur so könne das Vertrauen in die Quote als wirksames Klimaschutzinstrument gestärkt werden. Rinkert plädierte dafür, dass alle regulatorischen Elemente ineinandergreifen müssten, um die RED III wirksam und zukunftsfähig umzusetzen.

Einigkeit bestand darin, dass ein erfolgreicher Hochlauf erneuerbarer Kraftstoffe und Technologien nicht durch ein einzelnes Instrument geleistet werden könne. Vielmehr brauche es einen technologieoffenen und verlässlich gestalteten Instrumentenmix – bestehend aus Quoten, Fördermechanismen, Zertifizierungsstandards und Investitionsanreizen –, um die Umsetzung der RED III effektiv und langfristig tragfähig zu gestalten.

Wir danken Neste und INNIO Jenbacher für die Unterstützung sowie der Robert Bosch GmbH für die Gastfreundschaft!

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der <u>Website</u> (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: <u>info@zukunftsenergien.de</u>.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V. Reinhardtstr. 3 10117 Berlin Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0 Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9 www.zukunftsenergien.de X (Twitter) @FfZeV

LinkedIn @FfZeV